

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Manfred Nink, Margit Mohr und Carsten Pörksen (SPD)

und

Antwort

des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Umstrukturierungspläne der Deutschen Telekom AG und mögliche Auswirkungen auf Wirtschaft, Beschäftigte und Regionen in Rheinland-Pfalz

Die **Kleine Anfrage 694** vom 26. April 2007 hat folgenden Wortlaut:

Die Deutsche Telekom AG plant, aus der Sparte T-Com bis zu 50 000 Arbeitsplätze in eine Service und Vertriebs GmbH ausgliedern. Die Beschäftigten der Telekom fürchten Einkommensverluste, Arbeitsplatzabbau und weitere Standortschließungen. Die Deutsche Telekom AG ist unter den großen Telekommunikationsanbietern der neuntgrößte Anbieter weltweit.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie gestaltet sich nach Kenntnis der Landesregierung die Struktur der Anteilseigner der Telekom AG und wie hoch ist hierbei der staatliche Anteil?
2. Wie beurteilt die Landesregierung mögliche wirtschaftliche Auswirkungen der Umstrukturierungspläne der Deutschen Telekom AG, etwa auf die Verbraucherinnen und Verbraucher und die Beschäftigten in Rheinland-Pfalz?
3. Welche Auswirkungen wären nach Ansicht der Landesregierung durch mögliche Standortveränderungen und Arbeitsplatzabbau der Deutschen Telekom AG unter Umständen für einzelne Regionen in Rheinland-Pfalz zu befürchten?
4. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, sich für den Erhalt von Arbeitsplätzen bei der Deutschen Telekom AG in Rheinland-Pfalz einzusetzen?

Das **Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 17. Mai 2007 wie folgt beantwortet:

Presseberichten zufolge beabsichtigt die Deutsche Telekom noch in diesem Jahr einen deutlichen Konzernumbau. Hierzu sollen rund 50 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in neue, eigenständige Servicegesellschaften ausgelagert werden. Um die Effizienz der Servicesparte zu erhöhen, beabsichtigt die Deutsche Telekom dem Vernehmen nach zudem, bei diesen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Lohnkürzung von rund 9 % bei gleichzeitiger Verlängerung der Arbeitszeit auf 38 Wochenstunden vorzunehmen. Begründet wird dies mit zu hohen, nicht wettbewerbsfähigen Kosten, die ursächlich für den Verlust von rd. zwei Millionen Telefonanschlusskunden im vergangenen Jahr sein sollen.

In Bezug auf die Situation der Beschäftigten der Deutschen Telekom wird seitens des Konzerns ausgeführt, dass ohne Umstrukturierungsmaßnahmen in wenigen Jahren ein deutlicher Arbeitsplatzverlust drohe.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die o. g. Personalmaßnahmen der unternehmerischen Dispositionsfreiheit der Deutschen Telekom unterliegen, auf die die Landesregierung keine Einflussmöglichkeit hat.

Dies vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

b. w.

Zu Frage 1:

Nach Kenntnis der Landesregierung gestaltet sich die Eigentümerstruktur der Deutschen Telekom AG wie folgt:

- Rund 14,8 % der Aktien werden direkt vom Bund gehalten. Hierzu kommen weitere 16,9 % der Aktien, die dem Bund indirekt gehören und im Eigentum der Kreditanstalt für Wiederaufbau sind.
- Der größte private Anteilseigner ist die Investmentgesellschaft Blackstone mit 4,4 % der Aktien. Die restlichen Anteile von ca. 63,9 % befinden sich im Streubesitz.

Zu den Fragen 2, 3 und 4:

Nach Kenntnis der Landesregierung ist es derzeit noch völlig offen, ob es zu einem Arbeitsplatzabbau bei der Deutschen Telekom kommt und welche Standorte in Deutschland hiervon in welchem Ausmaß betroffen wären. Eine abschließende Beurteilung der skizzierten Umbaupläne bzw. Positionen der Verhandlungspartner Deutsche Telekom sowie der Gewerkschaft ver.di ist nicht möglich, da der Landesregierung über die Presseberichterstattung hinaus keine konkreten Unterlagen oder Vorschläge bekannt sind.

Dies gilt auch für die Beurteilung etwaiger regionaler Auswirkungen von Standortveränderungen der Deutschen Telekom oder einen etwaigen Arbeitsplatzabbau in einzelnen Regionen.

Hendrik Hering
Staatsminister